

Pressemitteilung - Lokal- und Kreisredaktionen Recklinghausen

Mittelstand stellt Fragen – Landratskandidaten antworten

Recklinghausen, 20.8.2009 – Der Kreisverband Recklinghausen des BVMW-Bundesverband mittelständische Wirtschaft hat auch diesmal wieder die etablierten Landratskandidaten gebeten, einen Fragenkatalog (Wahlprüfsteine) zu beantworten.

Während die Kandidaten der SPD (Cay Süberkrüb) , FDP (Christine Dohmann) und der Grünen (Sabine von der Beck) ihre Ansichten zu den Punkten umfassend erläuterten, war Josef Hovenjürgen (CDU) trotz wiederholter Bitte nicht bereit, die Fragen zu beantworten. Hovenjürgen vertritt die Auffassung, daß die Fragen nicht zum Kompetenzbereich des Landrats gehören, teilt BVMW-Geschäftsführer Reginald Hohmeister der Redaktion mit. Sollte der BVMW dagegen neue Fragen aufbringen, die der Landrat durch sein Wirkungsfeld unmittelbar beeinflussen kann, wäre Herr Hovenjürgen jederzeit gerne bereit, diese konkreten Fragen an den Landratskandidaten der CDU des Kreises Recklinghausen zu beantworten, so die Antwort von Hovenjürgen an die Kreisgeschäftsstelle des Unternehmerverbandes.

Unternehmer Hans-Jürgen Kokot / Hötten-Maschinenbau Dorsten u. Sprecher des Wirtschaftskreises Ruhr findet die Antwort von Hovenjürgen an einem Unternehmerverband, der sich für die Belange der regionalen Wirtschaft einsetzt, bedauerlich. Ein Landrat hat auch eine Führungs- und meinungsbildende Aufgabe wahrzunehmen. Sonst ist er nur Vorgesetzter einer großen Behörde. Mittelständische Unternehmen identifizieren sich mit ihrer Region und sind an der positiven Entwicklung interessiert, auch wenn die Wertschöpfungsketten immer stärker international verteilt werden, so Kokot. Mit über 70 Prozent aller Arbeitsplätze und mehr als 80 Prozent aller Ausbildungsplätze bildet der Mittelstand das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Wer den Mittelstand fördert und unterstützt, sichert Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität führt BVMW Regionalgeschäftsführer Reginald Hohmeister weiter aus.

Nachstehend die Fragen des BVMW und die Antworten der Landratskandidaten der SPD, FDP und der Grünen.

1. Gewerbesteuer

Problem:

Die Gewerbesteuer ist die wichtigste eigenständige Einnahme der Kommunen. Mittelständische Unternehmen sind die zuverlässigsten Gewerbesteuerzahler. Sie leiden allerdings auch unter zusätzlichen Belastungen, wie der Besteuerung von Zins- und Mietaufwendungen sowie Leasing-Raten.

Frage des BVMW:

Wie gedenken Sie und Ihre Partei den Gewerbesteuer-Hebesatz in den Kommunen Ihres Kreises künftig zu gestalten?

Antwort: Cay Süberkrüb (SPD)

Die Erhebung der Gewerbesteuer ist nicht nur eine originäre Aufgabe der Städte; die Gewerbesteuer ist auch die einzige wesentliche Steuer, deren Hebesatz sie selbst festsetzen können. Der Innenminister des Landes (Ingo Wolff, FDP) hat allerdings den Nothaushaltsgemeinden durch die Kommunalaufsicht vorgegeben, dass sie ihre Steuereinnahmen so weit wie möglich ausreizen müssen. Dem können der Landrat im Kreis Recklinghausen und der Kreistag formell nichts entgegenhalten. Inhaltlich ist es falsch, die strukturschwachen Gemeinden zu höchsten Gewerbesteuerhebesätzen zu zwingen. Selbst eine noch höhere Gewerbesteuer würde die bestehenden finanziellen Probleme nicht direkt lösen – sie würde deren indirekte Lösung sogar noch erschweren, wenn ansiedlungswillige Unternehmen

wegen einer überdurchschnittlich hohen Gewerbesteuer andere Standorte bevorzugten. Klar ist allerdings, dass die Leistungen der Kommunen und Ihre Einnahmen in einem gesunden Verhältnis zueinander stehen müssen. Die regionalen Belastungen durch die Sozialleistungen aufgrund der Bundes- und Landesgesetze führen dazu, dass die kommunalen Finanzen völlig vor die Wand gefahren werden. Die gemeinsame Verfassungsbeschwerde der Städte und des Kreises Recklinghausen gegen die unzureichende Gemeindefinanzierung durch das Land trage ich voll mit.

Antwort: Josef Hovenjürgen (CDU)

Leider keine Antwort

Antwort: Christine Dohmann (FDP)

Die FDP setzt sich für einen niedrigen Gewerbesteuersatz in allen Kommunen im Kreis Recklinghausen ein. Der Gewerbesteuersatz sollte auf dem niedrigsten Niveau einer Stadt für alle Kommunen festgesetzt werden. Langfristig ist im Rahmen einer großen allgemeinen Steuerreform die Gewerbesteuer abzuschaffen.

Antwort: Sabine von der Beck (Die Grünen)

Zwar hat der Kreis keine eigenen Kompetenzen zur Festsetzung der Gewerbesteuer, jedoch kommt meines Erachtens der Landrätin die Aufgabe zu, auf eine Harmonisierung der Gewerbesteuern zu achten. Es darf nicht zu einem ruinösen Wettbewerb von Kommunen im Kreis und den umliegenden Kommunen kommen. Gewerbesteuern allein sollten kein Anlass für Betriebsverlegungen sein. Grundsätzlich will ich mich mit dem Projekt der „Jobkette“ dafür einsetzen, dass interkommunale Gewerbegebiete vorwiegend auf ehemaligen Industriebrachen im Kreisgebiet entstehen, bei denen die Kommunen die Gewerbesteuern untereinander nach einem fairen System verrechnen, und den Wettbewerb um einzelne Firmen in sinnvolle Bahnen lenken. Damit wird die Bündelung von Firmen nach Branchenschwerpunkten oder anderen wirtschaftlich sinnvollen Kriterien erleichtert, die Voraussetzung für Synergieeffekte bei Ausbildung, Weiterbildung, Marketing etc. werden geschaffen und die Attraktivität von Gewerbeflächen gesteigert.

2. Flächen und Planungsrecht

Problem:

Die Ausweisung von Gewerbeflächen scheitert häufig an Widerständen (Anwohner-Eingaben, Umweltvorschriften). Ein ausreichendes Flächenangebot und eine unbürokratische Schaffung von Planungsrecht ist aber für mittelständische Unternehmen ein wichtiger Standortfaktor.

Frage des BVMW:

Welchen Stellenwert hat die Ausweisung von Gewerbeflächen in Ihrem Konzept?

Antwort: Cay Süberkrüb (SPD)

Wir müssen Gewerbe- und Industrieflächen unterscheiden. Gewerbeflächenansiedlung sollte soweit möglich auf Zechen- und Industriebrachen erfolgen. Dafür gibt es gute Beispiele, etwa das Gelände des ehemaligen Bergwerks EWALD in Herten. „Auf Ewald“ sind schnell neue Arbeitsplätze entstanden. Für industrielle Nutzungen sind andere Rahmenbedingungen erforderlich: das früher im Revier übliche Nebeneinander von Industrie und Wohnen schließt sich heute praktisch aus. Deshalb brauchen wir Schutz für den Bestand vorhandener Industrieflächen wie den Chemiapark in Marl, aber auch neue industriell nutzbare Flächen. Dafür wird etwa der newPark in Datteln entwickelt.

Antwort: Josef Hovenjürgen (CDU)

Leider keine Antwort

Antwort: Christine Dohmann (FDP)

Die FDP setzt sich für die Ausweisung neuer Gewerbegebiete ein. Noch wichtiger ist jedoch die Ausweisung neuer Industriegebiete im Großformat. Hierzu zählt vor allem der NewPark, den die FDP mit Nachdruck unterstützt. Die FDP wird jede Gelegenheit nutzen, um die Attraktivität des Kreises Recklinghausen als Industriestandort zu stärken.

Antwort: Sabine von der Beck (Die Grünen)

Flächenausweisungen auf der grünen Wiese, wie sie beispielsweise beim Konzept New Park geplant sind, lehne ich grundsätzlich ab, solange es leer stehende Industriebrachen gibt, die als „tote Orte“ ganze Stadtteile in ihrer Entwicklung lähmen. Ausweisungen auf der grünen Wiese sind nämlich auch nicht günstiger als das Recycling von Industriebrachen, da sie neue Verkehrs- und Infrastrukturmaßnahmen für die öffentliche Hand nach sich ziehen. Gleichzeitig höhlen sie vorhandene Siedlungsstrukturen aus und vernichten wertvolle, vitale Grünflächen, die für die Landwirtschaft wie für Erholungssuchende gleichermaßen wichtig sind. Im Umkreis 30 km um Newpark gibt es rund 350 ha Industriebrachen, die für Gewerbeentwicklung genutzt werden können – allein im Ruhrgebietsbereich, ohne Münsterland! Anwohnereingaben und Umweltvorschriften sind zu beachten, sie sind Spielregeln für alle Unternehmen in Deutschland, und tragen zur hohen Wertschätzung unserer Produktionsverfahren in aller Welt auch bei. Sie stellen zudem für die meisten mittelständischen Unternehmen auch kein Problem dar. Bürokratische Hürden können durch vernünftiges Verwaltungsmanagement so flach wie möglich gehalten werden.

3. Genehmigungsverfahren, Kundenfreundlichkeit der Verwaltung

Problem:

Bei der jüngsten Erhebung des BVMW-Mittelstandsbarometers haben die meisten Unternehmer bürokratische Vorschriften und Belastungen als ihr wichtigstes Problem bezeichnet. Auf kommunaler Ebene sind die Dauer von Genehmigungsverfahren, kostspielige Auflagen und komplizierte Verfahrenswege konkrete Hindernisse für wirtschaftliche Aktivitäten.

Frage des BVMW

Welche Möglichkeiten sehen Sie, Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, unnötige Auflagen zu vermeiden und das Verwaltungshandeln kundenfreundlicher zu machen?

Antwort: Cay Süberkrüb (SPD)

Technische Regeln und Normen sind für die Industrie unverzichtbar, wenn es um die eigene Produktion geht – wo wären wir ohne DIN – Normen? Regeln und Gesetze sind die notwendigen Rahmen und Leitplanken für das Miteinander in der Gesellschaft. Dabei halte ich es mit Einsteins Wort: Man soll alles so einfach wie möglich machen, aber nicht einfacher. Und klar ist auch, dass die Regeln zuerst den Menschen und den Unternehmen dienen müssen, nicht umgekehrt. Damit ist der Auftrag auch für die Städte und den Kreis klar: wir dienen den Menschen und den Unternehmen am Besten, wenn wir ihnen die notwendigen Regeln einfach erklären und ihre Projekte möglichst an einer Stelle koordinieren und so schnell wie möglich durch den Bürokratiedschungel steuern.

Antwort: Josef Hovenjürgen (CDU)

Leider keine Antwort

Antwort Christine Dohmann (FDP)

Ziel der FDP ist, es Genehmigungsverfahren so zu beschleunigen, dass innerhalb von drei Monaten ein Genehmigungsbescheid ergehen kann. In der Verwaltung soll dem Antragsteller/Unternehmer ein Mitarbeiter zur Seite gestellt werden, der durch das gesamte Verfahren begleitet.

Antwort: Sabine von der Beck (Die Grünen)

Der Kreis Recklinghausen hat mit dem Projekt „Mittelstandsfreundliche Verwaltung“ und dort gemachten Serviceversprechen zumindest eine gute Basis für ein beschleunigtes Genehmigungsmanagement gelegt. Nun muss man aber am Ball bleiben, die Einhaltung der Versprechen überwachen und weitere Optimierungspotenziale suchen und nutzen. Das ist eine Daueraufgabe, bei der auch das Feedback der Unternehmen – positiv wie negativ – sehr hilfreich ist. Zu beobachten bleibt, wie die EU-Vorgabe des sogenannten „einheitlichen Ansprechpartners“ beim Kreis umgesetzt wird. Diese soll sicherstellen, dass Unternehmer ein Antragsverfahren bei einer Stelle komplett abwickeln können und nicht „von Pontius nach Pilatus“ geschickt werden. Die Frage in der Praxis lautet dann, was genau als „ein Antragsverfahren“ definiert wird...

4. Kommunale Energieversorgung

Problem:

Hohe Energiepreise belasten Privathaushalte wie Unternehmen. Häufig gehören kommunale Stadtwerke zu den teuersten Anbietern. Die Oligopolpreise der „Großen Vier“ tun ein übriges. Wirklicher Wettbewerb findet nicht statt.

Frage des BVMW:

Wie stehen Sie zu mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt (z.B. niedrigere Durchleitungsgebühren, Trennung von Erzeugung und Netzbetrieb)? Welchen Einfluss würden Sie auf die Preisgestaltung Ihres örtlichen Stadtwerks nehmen?

Antwort: Cay Süberkrüb (SPD)

Mit den Hertener Stadtwerken gibt es ein hervorragendes Beispiel im Kreis Recklinghausen, wie man sich erfolgreich am Markt der Unternehmen und Bürger bewegt. Dabei sind die bürokratischen Hemmnisse der schwarz-gelben Landesregierung in Bezug auf die wirtschaftliche Betätigung der kommunalen Stadtwerke völlig überflüssig und kontraproduktiv. Eine weitere Beschränkung der Oligopolmacht der „Großen 4“ wird zu weiter sinkenden Energiepreisen führen und die Wettbewerbskraft und Kundenfreundlichkeit der übrigen Energieversorger erhöhen.

Antwort: Josef Hovenjürgen (CDU)

Leider keine Antwort

Antwort Christine Dohmann (FDP)

Wettbewerb führt zu einer Verbesserung des Angebots und zu günstigen Preisen für die Verbraucher. Die FDP begrüßt einen größeren Wettbewerb besonders im Energiesektor, allerdings muss die Versorgungssicherheit gewährleistet bleiben. Die Fragen von Durchleitungsgebühren, Trennung von Erzeugung und Netzbetrieb sowie Preisgestaltung liegen nicht im Verantwortungsbereich der Landrätin.

Antwort: Sabine von der Beck (Die Grünen)

Das hat mit meiner Landratskandidatur wenig zu tun, aber meine Meinung ist: wenn ein sauberer Wettbewerb nicht klappt, sollte der Netzbetrieb komplett verstaatlicht werden. Sehe ich übrigens ähnlich so beim Schienennetz der Bahn: diese natürlichen Monopole sind das Rückgrat unserer Wirtschaft und unseres Verkehrs, die müssen in erster Linie mal funktionieren. Die Energieerzeugung, die das Netz nutzt, kann dann weiter im Wettbewerb erfolgen. Genauso wie alle möglichen Bahnen die Bahnhöfe und Schienen der Bundesbahn nutzen können sollten. Der Kreis hat keine Stadtwerke, deshalb habe ich mir über den Einfluss auf die Preisgestaltung noch keine großen Gedanken gemacht. Spontan gesagt: auf die Preishöhe würde ich nicht einwirken, schließlich stehen die Stadtwerke im Wettbewerb, wohl aber auf die Angebotsstruktur: wichtig finde ich, dass beispielsweise über Ökostromangebote zusätzliche regionale regenerative Energiequellen erschlossen werden können. Dass die Stadtwerke zu den teuersten Anbietern gehören, kann ich so nicht bestätigen. Trotz der absurden Organisation von Kommunal финанzen (siehe oben), bei der dann die Stadtwerke das Freizeitbad bezahlen, das eigentlich die Kommune finanzieren müsste, der es aber verboten wird, sind Stadtwerke nicht selten auch sehr kundennah arbeitende, günstige Anbieter.

5. Gebührengestaltung

Problem:

In NRW ist die Höhe der Gebühren für Abfall, Abwasser, Straßenreinigung etc. von Stadt zu Stadt sehr unterschiedlich. Hohe Gebühren sind eine Belastung für Haushalte und Unternehmen und können sich zu einem negativen Standortfaktor entwickeln?

Frage des BVMW:

Welche Ansätze für eine transparente und kontrollierbare Gebührenpolitik würden Sie im Fall Ihrer Wahl verfolgen? Wo sehen Sie Möglichkeiten einer Entlastung von Unternehmen und Bürgern?

Antwort: Cay Süberkrüb (SPD)

Gebühren werden nach dem Kostendeckungsprinzip erhoben und unterliegen auch voll einer gerichtlichen Überprüfung. Überschüsse eines Jahres müssen im Folgejahr den Nutzern gutgeschrieben werden, wie auch Defizite im nächsten Jahr ausgeglichen werden müssen. Unternehmen und Bürger sollten klar formulieren, welche Leistung, etwa bei der Müllabfuhr, sie erwarten. Daraus ergibt sich die Gebührenhöhe. Mehr Leistung bei niedrigerer Gebühr geht als Lockvogel meist nur ganz kurz gut, danach steigen oft die Preise. Deshalb gibt es in NRW auch an vielen Stellen den Wunsch, öffentliche Dienstleistungen zu rekommunalisieren.

Antwort: Josef Hovenjürgen (CDU)

Leider keine Antwort

Antwort: Christine Dohmann (FDP)

Kommunale Gebühren müssen kostendeckend sein, dürfen aber keine Gewinne erwirtschaften. Dies ist die oberste Leitlinie. Entlastungen sind im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit an vielen Stellen möglich (siehe auch Frage 7), z. B. muss über die Auslastung der Kapazitäten der Abfallentsorgung neu diskutiert werden.

Antwort: Sabine von der Beck (Die Grünen)

Gebühren müssen für kostendeckend für definierte Dienstleistungen erhoben werden und für sonst nichts. Einige der genannten Dienstleistungen werden ausgeschrieben, andere durch kommunale Unternehmen erbracht. Kommunale Dienstleistungen sind grundsätzlich kostenrechnende Produkte, die eins zu eins in Gebühren umgerechnet werden müssen. Man sollte erstmal unterstellen, dass das auch so funktioniert. Bei Verdacht einer unzulässigen Querfinanzierung muss dann im Einzelfall genauer geprüft werden, je nach Konstruktion durch Aufsichtsrat, Rechnungsprüfer etc. Ein Fall, den wir vor diesem Hintergrund kritisch sehen, ist das RZR II in Herten für Gewerbemüllentsorgung. Dieses wird gebaut, um die AGR vor der Pleite zu retten, die durch Fehlinvestitionen vor vielen Jahren, für die heute anscheinend keiner mehr zur Verantwortung zu ziehen ist, heraufbeschworen wurde. Das haben wir Grüne stets kritisiert. Andererseits ist zumindest fraglich, ob eine AGR-Pleite der von Ihnen gewünschten Kostenentlastung auf Dauer zuträglich gewesen wäre... Auch aus einem anderen Grund halte ich übrigens transparente Müllgebühren für wichtig: Wenn beispielsweise Altpapier im Rahmen der Recycling-Wirtschaft vom Abfall zum wertvollen Rohstoff wird, was neulich schon der Fall war, dann sollte auch das meiner Meinung nach in den Gebühren zum Ausdruck kommen: zum Beispiel als finanzieller Anreiz für Bürgerinnen und Bürger, die ihr Altpapier sammeln.

6. Auftragsvergabe

Problem:

Für mittelständische Unternehmen in Handwerk, Bauwirtschaft und vielen Dienstleistungsbereichen sind die Kommunen lebenswichtige Auftraggeber. Europäisches Vergaberecht und Einschränkungen durch die Kommunalaufsicht verhindern oft eine angemessene Berücksichtigung des örtlichen Mittelstands bei der Auftragsvergabe.

Frage des BVMW:

Welche Möglichkeiten sehen Sie, kommunale Auftragsvergaben zu beschleunigen und die Chancen örtlicher Anbieter zu erhöhen? Wie werden die durch das Konjunkturpaket II geförderten Maßnahmen vergeben?

Antwort: Cay Süberkrüb (SPD)

Der Handwerker, der mittelständische Betrieb in Datteln oder Dorsten etwa, lebt nicht von Aufträgen der Stadt Datteln oder der Stadt Dorsten. Er ist in aller Regel mindestens regional aufgestellt und braucht Aufträge aus allen Städten auch über Kreisgrenzen hinweg. Das öffentliche Vergabewesen hat als wesentliches Ziel die Vermeidung von Korruption und Durchstecherei. Das erreichen wir in Deutschland weitestgehend. Im Rahmen des Konjunkturpaketes II wurde die Möglichkeit, regional zu vergeben, deutlich verbessert. Das gilt es jetzt auch gezielt zu nutzen.

Antwort: Josef Hovenjürgen (CDU)

Leider keine Antwort

Antwort: Christine Dohmann (FDP)

Die durch das Konjunkturpaket II geförderten Maßnahmen werden nach den Richtlinien eben dieses Konjunkturpakets vergeben. Die Chancen regionaler Anbieter will die FDP durch eine Ausschreibung in kleinen Losen steigern.

Antwort: Sabine von der Beck (Die Grünen)

Das Vergaberecht ist meines Erachtens zu kompliziert. Ich habe in meiner Funktion als Kreistagsmitglied stets darauf gepocht, dass soweit es rechtlich derzeit möglich ist, in kleinen Losen ausgeschrieben wird, damit kleine und mittelständische Unternehmen aus der Region sich beteiligen können. Auch beim Konjunkturpaket II.

7. Kommunale Infrastruktur und Investitionen

Problem:

Viele Großstädte in NRW unterliegen haushaltsrechtlichen Restriktionen. Die Infrastruktur (Straßen, Plätze, Schulen, sonstige öffentliche Gebäude) verfällt. Auch bei von Bund und Land geförderten Programmen (siehe aktuell Konjunkturpaket II) sind die bedürftigsten Kommunen oft nicht in der Lage oder werden von der Kommunalaufsicht gehindert, ihren Eigenanteil zu erbringen. Das schadet nicht nur den Kommunen selbst, sondern auch den mittelständischen Unternehmen, die von kommunalen Aufträgen leben.

Frage:

Wie werden Sie in Zukunft im kommunalen Haushalt Infrastrukturinvestitionen gewichten? Welche Mittel aus dem Konjunkturpaket II müssen noch verplant werden? Wie wollen Sie vorgehen und in welchem Zeitraum soll investiert werden?

Antwort: Cay Süberkrüb (SPD)

Der Kreis Recklinghausen und die zehn Städte stehen finanziell vor der Wand. Dies beruht auf der chronischen Unterfinanzierung durch Bund und Land (siehe oben). Wirtschaftlich ist es grundverkehrt, zunächst die notwendige Infrastruktur verkommen zu lassen, um sie dann aufwändig zu sanieren oder zu ersetzen. Die kommunale Doppik hilft mittlerweile dabei, den permanenten Vermögensverzehr transparenter zu machen. Die Mittel aus dem Konjunkturpaket II sind meines Wissens in allen Städten und im Kreis komplett verplant und die Umsetzung läuft bereits.

Antwort: Josef Hovenjürgen (CDU)

Leider keine Antwort

Antwort: Christine Dohmann (FDP)

Die Mittel aus dem Konjunkturpaket müssen kurzfristig vergeben werden, da sie nur für einen begrenzten Zeitraum zur Verfügung stehen. Der Schlüssel zur Entschuldung der öffentlichen Haushalte liegt in erster Linie in der Senkung der Arbeitslosenquoten, da dann weniger Menschen von öffentlichen Unterstützungsleistungen abhängig sind. Für den Kreis Recklinghausen gilt zusätzlich, dass der Kreis wieder in den Dialog mit den Städten eintreten und die interkommunale Zusammenarbeit mit Leben füllen muss. Es darf nicht länger sein, dass es in 10 Städten 10 Rechnungsprüfungsämter, 10 Wirtschaftsförderungsämter usw. gibt. Der Kreis muss zusammenwachsen und zusammen Aufgaben kostengünstiger wahrnehmen. Zudem muss der politische Apparat auf Diät gesetzt werden.

Antwort: Sabine von der Beck (Die Grünen)

Das Konjunkturpaket II ist weitestgehend verplant. Ich habe darauf geachtet, dass vor allem solche Maßnahmen gefördert werden, die nicht irgendwann automatisch anfallen. Beispielsweise werden in den Schulen vor allem Fassaden und Fenster gedämmt mit diesen Geldern, nicht Heizungen, denn Heizungen gehen irgendwann auch kaputt und müssen ausgetauscht werden, auch in Haushaltssicherungskommunen.. Fassaden und Fensterdämmungen jedoch, die ebenso sinnvoll sind, weil sie die laufenden Energiekosten der Kommunen dauerhaft in Schach halten, wird man – so absurd wie das Haushaltsrecht und die Finanzierung der Ruhrgebietskommunen derzeit ist – außerhalb von solchen Infrastrukturpaketen auf absehbare Zeit kaum genehmigt bekommen. Mittlerweile werden ja schon Tempo-30 Zonen an Kreisstraßen errichtet (Beispiel Lünener Straße in Waltrop), weil die Bezirksregierung die Eigenanteile des Kreises nicht genehmigt, so dass auch die Straßenbaumittel, die dem Kreis für solche Arbeiten zu stehen, nicht abgerufen werden können. Wir Grüne sind für Tempo30-Zonen, aber doch nicht so!!! Bauaufträge für ansässige Betriebe fehlen und der Verkehr wird behindert. Das ist ein Beispiel für die Fälle, mit denen wir umgehen müssen, bis in hoffentlich drei Jahren die laufende Verfassungsbeschwerde gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz Erfolg hat. Hier muss vom Kreis mehr Widerstand kommen. Die zukünftige Landrätin, der Landrat muss in Zukunft für jedes Förderprogramm geschickt argumentieren. die volkswirtschaftlichen Kosten nachweisen, die solche unsinnige blinde Sparpolitik verursacht und diese unsinnigen Investitionsstops verhindern. Diese Einzelfall-Argumentation gegenüber der Bezirksregierung wird mühselig, aber diese Arbeit wird für die zukünftige Landrätin eine der wichtigsten Daueraufgaben sein. Nach den Erfahrungen, die wir mit dem ZIRE-Fonds für Zukunftsinvestitionen, der mit Erlösen aus dem Verkauf von VEW-Aktien zur Bereitstellung fehlender Eigenanteile im Kreis aufgelegt wurde, gemacht haben, schätze ich, dass die Blockade von Eigenanteilen für die Nutzung von Förderprogrammen dem Kreis Recklinghausen, sollte sie andauern, noch mal rund 250 Mio. Euro in der nächsten Legislaturperiode vorenthalten wird, mit in anderen Gegenden Zukunft gemacht wird. Wenn da nicht energisch und clever gegen gehalten wird, geraten wir in den nächsten Jahren – vor allem in der Zeit, in der die Verfassungsklage noch im Gerichtsstau hängt - ins Hintertreffen. Die Landrätin hat in der Position zwischen Bezirksregierung und Kommunen als Verwaltungsaufsicht für die Kommunen einerseits und als politischer Souverän, der den Wählerinnen und Wähler allein verpflichtet ist, eine strategisch und taktisch enorm wichtige Schlüsselposition. Von ihr hängt ab, dass der Schaden, der durch blindwütiges Sparen nach derzeitiger Gesetzeslage angerichtet wird, minimiert wird, und diese nicht zielgerichtete Wucht der aktuellen geltenden Gesetzeslage in sinnvolle Bahnen – etwa die interkommunale Zusammenarbeit – abgelenkt wird.

8. Ruhrgebiet

Problem:

Das Ruhrgebiet zählt zu den größten Ballungsgebieten in Europa und ist für Außenstehende eine große Stadt. Das Ruhrgebiet findet aber weltweit zu wenig Beachtung und ist von Kirchtumsdenken geprägt. Zu viel Administration: 53 Bürgermeister, 4 Landräte und 3 Regierungspräsidenten, die noch nicht einmal im Ruhrgebiet residieren. Die Städte sind größtenteils verschuldet, es gibt 24 Verkehrsbetriebe, zu wenig Investoren und Bevölkerungsschwund. Es gibt keinen Repräsentanten der Großstadt Ruhr.

Frage des BVMW:

a) Was werden Sie tun, um den Bevölkerungsschwund in der Ruhrregion aufzuhalten?

Antwort: Cay Süberkrüb (SPD)

Dazu haben meine Frau und ich mit unseren vier Kinder schon erheblich beigetragen. Nein, im Ernst: Wir können in Zukunft mit der Nähe von Leben und Arbeit mit den Flächenregionen in Deutschland bestens konkurrieren und Ihnen sogar den Rang ablaufen. Insoweit wird sich die Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten stabilisieren. Der bundesweite Einwohnerschwund lässt sich allerdings nicht allein durch kommunale oder regionale Maßnahmen grundsätzlich verhindern.

Antwort: Josef Hovenjürgen (CDU)

Leider keine Antwort

Antwort: Christine Dohmann (FDP)

Die Menschen wollen nur dort leben, wo es genügend und attraktive Arbeitsplätze, bezahlbaren Wohnraum, gute Schulen und interessante Freizeit- und Kulturangebote gibt. Deswegen setzt sich die FDP für neue und innovative Arbeitsplätze, für die Ausweisung von Bauland, den Erhalt und Ausbau der Bildungslandschaft und Kultur- und Tourismusförderung ein.

Antwort: Sabine von der Beck (Die Grünen)

Der Bevölkerungsschwund in der Ruhrregion ist nur dann zu bremsen, wenn die Region insgesamt ihre Hausaufgaben macht. Attraktive Wohnviertel, kurze Wege zur Arbeit, gute Bildungschancen für alle, vitale Stadtteile mit vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten, ein vielfältiges Kultur- und Freizeitangebot gehören dazu. Ansonsten muss man die Dinge nicht verdrängen, sondern vorausschauend akzeptieren, dass wir älter werden und schrumpfen, und damit aktiv umgehen: mit aktivem Leerstandsmanagement verfallende Stadtteile vermeiden, überflüssige Infrastruktur rechtzeitig zurückbauen und so weiter. Also keine „Vogel-Strauß-Politik“ betreiben, sondern die Entwicklungen, die man nicht ändern kann, einfach gut - und darunter verstehe ich auch: früh genug - managen.

Frage des BVMW

b) Was beabsichtigen Sie zu tun, um die wirtschaftliche und soziale Lage der Menschen in der Ruhrregion zu verbessern?

Antwort: Cay Süberkrüb (SPD)

Wir brauchen beste Bildung für alle, das ist die Kernherausforderung, auch um die Migranten zu den Stützen der Wirtschaft und Gesellschaft zu machen, die sie sein können – wie früher die Arbeitsmigranten aus Polen oder die Vertriebenen nach dem zweiten Weltkrieg es waren. Beste Bildung bedeutet, dass wir kleine Klassen brauchen, Schulen, in denen die Kinder länger gemeinsam lernen können und Schulen, in denen die Kinder wie im restlichen Europa ganztags zur Schule gehen. Das hängt nicht von Namen für Schulformen ab, sondern von einer gesamtgesellschaftlichen Entscheidung, dass dieser Weg es uns allen wert ist.

Antwort: Josef Hovenjürgen (CDU)

Leider keine Antwort

Antwort: Christine Dohmann (FDP)

Hier hilft nur ein konsequenter Strukturwandel, der klipp und klar das Ende der Kohleromantik verkündet. Die FDP fordert von Land und Bund, dass ein Großteil der Subventionen, die im Zuge des Ausstiegs aus der Kohlsubventionierung eingespart werden, für Investitionen in neue Technologien und Arbeitsplätze in der Region zum Einsatz kommt. Die Mittel müssen auch für Maßnahmen der Fortbildung und Qualifizierung bestimmt sein.

Antwort: Sabine von der Beck (Die Grünen)

Das Ruhrgebiet hat die große Chance, mit den angestammten Kompetenzfeldern Energie und Chemie, mit einer hohen Hochschulichte und Unternehmen, die sich immer mehr von der Montanwirtschaft in neue Geschäftsfelder umorientieren, eine grüne Vorzeigeregion zu werden, die Vorbildcharakter für viele ehemalige Industrieregionen hat, die jetzt erst beginnen – etwa in den USA – sich für grüne Themen zu interessieren. Eine Innovationsstrategie in Umwelt- und Energiefragen, rund um den Klimaschutz, schafft neue Arbeitsplätze in exportorientierten Branchen ebenso wie im Handwerk. Unsere vielfältigen Erfahrungen in Sachen Freizeit- und Gesundheitswirtschaft, aber auch im Kulturbereich bei der Bewältigung des Strukturwandels sind im internationalen Vergleich bemerkenswert erfolgreich und müssen einerseits fortentwickelt, andererseits besser nach außen vermarktet werden.

Frage des BVMW

c) Wie wollen Sie die Zusammenarbeit mit den Kommunen in der Metropole Ruhr verbessern? Z.B. Wirtschaftsförderung, Was sollte dezentral oder besser zentral (Kreis, Emscher-Lippe oder gar Ruhrgebiets-weit) gemacht werden?

Antwort: Cay Süberkrüb (SPD)

Interkommunale und regionale Kooperation ist ein Dauerthema, das geduldige Bohren dicker Bretter. Es muss kontinuierlich bearbeitet werden und kann nur langfristig Erfolge zeigen. Mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft metropole ruhr gibt es eine regionale Agentur, die global für den Standort Ruhrgebiet Investoren sucht und Unternehmen informiert. Die Ansiedlung erfolgt dann Hand in Hand mit der Wirtschaftsförderung vor Ort. Eine Metropol-Region wie das Ruhrgebiet muss Werbung aus einer Hand machen, hier macht Zentralität Sinn. Dezentral müssen weiterhin die Sorgen der Unternehmen vor Ort von den städtischen Wirtschaftsförderern aufgegriffen und bearbeitet werden. Alles sollte so nahe am Menschen erledigt werden, wie möglich. Überall dort, wo Synergieeffekte oder Spezialisierungen etwas anderes erfordern, sollten die Städte sich zunächst freiwillig zusammenschließen, bevor zentralistische Lösungen vorgegeben werden.

Antwort: Josef Hovenjürgen (CDU)

Leider keine Antwort

Antwort: Christine Dohmann (FDP)

Die FDP setzt sich dafür ein, die komplette institutionalisierte Wirtschaftsförderung in der Region auf deren Kosten und Wirksamkeit zu überprüfen. Die zersplitterte und von Einzelinteressen geprägte Wirtschaftsförderung im Vest muss raus den Abstellkammern der Verwaltungen und bekommt bei der FDP eine erste Adresse. Ziel ist dabei die Beratung und Förderung der vestischen Wirtschaft in einem Haus der vestischen Wirtschaft unter Beteiligung der privaten Wirtschaft, deren Verbände und der Kommunen zu zentralisieren und über die Region hinaus sichtbar zu machen.

Antwort: Sabine von der Beck (Die Grünen)

Nachdem die Metropole Ruhr in den vergangenen Jahren eine eigene Wirtschaftsförderung bekommen hat, halte ich eine Kooperation auf Kreisebene für weniger wichtig. Kooperationen sollten daher noch stärker als bisher projekt- und branchenbezogen organisiert werden, da wo es temporär Sinn macht. Die Außenvermarktung international sollte zentral gemacht werden. Insgesamt muss man mehr nachfragen, wie viel Wirtschaftsförderung die Unternehmen eigentlich überhaupt wollen, und sollte einen dauerhaften Dialogprozess darüber anstreben. Der Bedarf ändert sich dauernd, aber die Strukturen bleiben: da kann was nicht stimmen!!!

Frage des BVMW

d) Wie wollen Sie Dauerstaus auf den Straßen des Ruhrgebiets dauerhaft zu verhindern helfen und sicherstellen, dass sich Menschen im Ruhrgebiet mit öffentlichen Verkehrsmitteln ähnlich zuverlässig, rasch und preiswert bewegen können wie in den Großräumen Berlin, Hamburg oder Wien?

Antwort: Cay Süberkrüb (SPD)

Für bestimmte Aufgabenbereiche ist es wichtig, die Metropole Ruhr als Ganzes zu steuern. Der Verkehr im Revier braucht optimierte Strukturen, um die aberwitzigen volkswirtschaftlichen Kosten der Staus auf Straße und Schiene aufzulösen. Die Idee, im ÖPNV die Lösung 10 – 10 – 60 (in 10 Minuten zur Haltestelle, spätestens nach 10 Minuten kommen Bus oder Bahn, in einer Stunde bin ich am Ziel) zu erreichen, ist toll. Das ist eine herausfordernde Vision.

Antwort: Josef Hovenjürgen (CDU)

Leider keine Antwort

Antwort: Christine Dohmann (FDP)

Die B 224 soll zwischen dem Kreuz mit der A 42 und Dorsten/Marl zur A 52 ausgebaut werden mit einer Tunnellösung für die Innenstadt von Gladbeck. Der Anschluss des NewParks an die A 2 muss zeitgleich mit der Erschließung des Geländes vorangetrieben werden. Der öffentliche Personennahverkehr muss sich der Vielzahl der derzeitigen Verkehrsgesellschaften verabschieden und in einer schlagkräftigen Einheit organisiert werden. Die nördlichen Teile des Ruhrgebiets (außerhalb der Trasse Dortmund-Bochum-Essen-Duisburg) müssen in kürzeren Taktzeiten an diese Haupttrasse angebunden werden.

Antwort: Sabine von der Beck (Die Grünen)

Der öffentliche Nahverkehr muss insgesamt besser werden. Neben mehr Kooperation und Fusion der 24 öffentlichen Verkehrsbetriebe sollte der Mobilitätsbedarf der Bürgerinnen und Bürger ermittelt werden. Bei der darauf basierenden Planung sollten schwache und starke Verkehrslinien gebündelt ausgeschrieben werden, so dass auch private Anbieter zum Zuge kommen können. Die vorhandenen Straßen müssen gut in Schuss gehalten werden, Flaschenhälse sollten städtebaulich sinnvoll, umwelt- und anwohnergerecht beseitigt werden.

Frage des BVMW

e) Stimmen Sie zu, dass die Zusammenführung der Städte des Ruhrgebiets zu einer schlagkräftigen Einheit bei Beseitigung der bisherigen Verwaltungsbürokratien (Stichwort:Ruhrstadt) geeignet ist, eine Aufbruchsituation zu erzeugen, so dass die vorgenannten Ziele erreicht werden?

Antwort: Cay Süberkrüb (SPD)

Alles sollte so nahe am Menschen erledigt werden, wie möglich. Überall dort, wo Synergieeffekte oder Spezialisierungen etwas anderes erfordern, sollten die Städte sich zunächst freiwillig zusammenschließen, bevor zentralistische Lösungen vorgegeben werden.

Antwort: Josef Hovenjürgen (CDU)

Leider keine Antwort

Antwort: Christine Dohmann (FDP)

Nein, die Ruhrstadt löst bei den Bürgerinnen und Bürgern des Ruhrgebiets große Ängste vor einer überbordenden und bürgerfernen Verwaltung und einem Bedeutungsverlust der Heimatgemeinde aus. Die Verwaltungen des Ruhrgebiets können in vielen Bereichen unter dem Dach des RVR enger zusammenarbeiten als bisher, dazu ist allerdings eine Stärkung des RVR nötig, für die FDP eintritt. Die Städte und Kreise in ihrer gewachsenen Struktur sollen erhalten bleiben.

Antwort: Sabine von der Beck (Die Grünen)

Ja, eine spürbare Aufräumaktion könnte ungeahnte Kräfte mobilisieren. Aber auch ohne „Big Bang“ kann die Metropole Ruhr gut kontinuierlich weiter zusammenwachsen, Stück für Stück. Im Oktober wandert erstmalig die Regionalplanung von den Bezirksregierungen zum Regionalverband Ruhr. Das ist schon einmal ein guter Anlass, um die interkommunale Zusammenarbeit in einzelnen Bereichen zu verstärken und zu üben. Gute Beispiele können dann Schule machen, und davon gibt es viele. Als nächstes sollten wir uns darum kümmern, dass das

Ruhrgebietsparlament direkt gewählt wird. Bei einer Stärkung der Ebene Ruhrgebiet halte ich es übrigens für wichtig, dass an der Basis auch die Stadtteile demokratisch gestärkt werden. Meine Zielvorstellung für diese Region ist ein starkes Ruhrgebiet mit starken Stadtteilen, in denen sich Bürger noch viel unmittelbarer als bisher an Entscheidungen beteiligen. Denn im Ruhrgebiet wohnen „Macherinnen“ und „Macher“, und es ist dezentral, vor ein paar Generationen, aus vielen Dörfern zusammen gewachsen. Das ist eine Stärke, die wir bei aller Ruhrstadt-Euphorie nicht aus den Augen verlieren dürfen.

Frage des BVMW

f) Wie machen Sie „ Kulturhauptstadt 2010 „ zu einem Erfolg für die Ruhrmetropole?

Antwort: Cay Süberkrüb (SPD)

Die Kulturhauptstadt ist dann Chance, wenn es nicht eine einmalige Feier, sondern eine nachhaltige Offensive für die Metropole Ruhr wird. Daran müssen sich die einzelnen Projekte messen lassen.

Antwort: Josef Hovenjürgen (CDU)

Leider keine Antwort

Antwort Christine Dohmann (FDP)

Die Kulturhauptstadt wird durch die Vielfalt der angebotenen Veranstaltungen zu einem Erfolg. Es ist eine Aufgabe des Städtemarketings diese Veranstaltungen zu bewerben und ihnen Besucher zu verschaffen und für diese Besucher auch abseits der Veranstaltungen attraktive Bedingungen zu schaffen. Noch größere Wichtigkeit als der Erfolg der Kulturhauptstadt, die ja nur ein Jahr andauert, ist die Entwicklung von positiven nachhaltigen Effekten für das Ruhrgebiet.

Antwort: Sabine von der Beck (Die Grünen)

Als (u. a. kulturpolitische) Sprecherin der Grünen im Regionalverband Ruhrgebiet und Aufsichtsratsmitglied der Ruhr 2010 setze ich mich vielfältig für die Kulturhauptstadt ein, unter anderem liegt mein besonderes Augenmerk darauf, dass die vielen freien Künstlerinnen und Künstler, ohne die es nie zu einer Kulturhauptstadt Europas hier gekommen wäre, mit eingebunden werden in ein Programm, das – aufgrund der Armut der Kommunen – natürlich auch von den Interessen großer Sponsoren geprägt wird. Ich habe mich darüber hinaus sehr für die Erstellung des Masterplans Kultur für das Ruhrgebiet engagiert, der jetzt – schon ein Jahr vor dem Kulturhauptstadtjahr – in einem breit angelegten Strategieentwurf darlegt, wie das Ruhrgebiet sich als Kulturmetropole nach 2010 weiter entwickeln kann. Dieser Entwurf tingelt jetzt durch die Kommunen: ich hoffe und setze mich dafür ein, dass er lebhaft diskutiert wird und 2010 in seiner Endfassung als eine wegweisende gemeinsame Strategie verabschiedet wird.

Ende der Pressemitteilung mit den Fragen und Antworten der Landratskandidaten

Reginald Hohmeister
Regionalgeschäftsführer
BVMW-Bundesverband mittelständische Wirtschaft
Tel. 02361-487513 – Mobil: 0173-5338493
E-Mail: reginald.hohmeister@bvmw.de
www.bvmw-recklinghausen.de